

/// Der beschwerliche Weg zur Freiheit

BILANZ UND PERSPEKTIVEN DES „ARABISCHEN FRÜHLINGS“

EDMUND RATKA /// Das Jahr 2011 bedeutet eine Zeitenwende in der arabischen Welt. Nahezu alle Länder in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten wurden – wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise – von einer Protestbewegung erfasst, die nicht nur wirtschaftliche Teilhabe, sondern auch politische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit einfordert. Trotz des hohen Blutzolls in manchen Ländern und großer Unwägbarkeiten kann die demokratische Transformation dieser bislang von autoritären Regimen geprägten Region gelingen. Auch die deutsche und europäische Außenpolitik hat dazu ihren Beitrag zu leisten.

Sozio-ökonomische und politische Ursachen

Die verzweifelte Selbstverbrennung des von den Behörden gedemütigten jungen Tunesiers Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010 markiert den Beginn einer Protestbewegung ungeahnten Ausmaßes.¹ Von Tunesien ausgehend schwappte sie, begünstigt von pan-arabischen Fernsehsendern und neuen sozialen Medien, auf die gesamte arabische Welt über. Auch wenn sie in den einzelnen Ländern einen teils sehr unterschiedlichen Niederschlag fand und findet, lässt sich eine gemeinsame sozio-ökonomische und politische Grundierung der Proteste festmachen.

Während die Globalisierung der letzten Dekaden anderen Weltregionen einen rasanten Modernisierungsschub gebracht

hat, verharrten weite Teile der arabischen Welt in Stagnation. Allerdings ist dabei zwischen den Staaten des südlichen Mittelmeerraums einerseits und den ölreichen Golfstaaten andererseits zu unterscheiden. Die Einnahmen aus dem Öllexport erlaubten den Monarchien am Golf den Aufbau eines ausgeprägten Sozialstaats, einschließlich kostenloser Ausbildung und Gesundheitsversorgung für ihre Staatsangehörigen. Das lediglich 1,7 Millionen Einwohner zählende Emirat Katar etwa, das vor einiger Zeit durch den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 von sich reden machte, verfügt über eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Anders ist die wirtschaftliche Lage in den arabischen Staaten, die an das Mittelmeer angrenzen und sich damit



Die Selbstverbrennung Mohammed Bouazizis in Sidi Bouzid im Dezember 2010 löste Proteste und Unruhen aus – der Beginn des „Arabischen Frühlings“.

In den arabischen Staaten herrscht eine UNGLEICHE Vermögensverteilung zwischen einer regimenahen Minderheit und der restlichen, überwiegend jungen Bevölkerung.

auch in direkter Nachbarschaft zu Europa befinden. In Ägypten etwa, dem mit 82 Millionen Einwohnern größten arabischen Land, sind weite Teile der Bevölkerung von wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Ein Fünftel der Ägypter muss mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen und lebt damit in extremer Armut. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der rasante Anstieg der Nahrungsmittelpreise haben gerade die Situation der unteren Bevölkerungsschichten weiter verschärft. Die Vorstellung vom fruchtbaren Nildelta lässt oft in Vergessenheit geraten, dass Ägypten der weltweit größte Importeur von Weizen ist. Dessen Weltmarktpreis hatte sich bis Februar 2011 innerhalb nur weniger Monate verdoppelt. Nordafrika und der Nahe Osten insgesamt sind weltweit diejenigen Regionen, die pro Kopf gerechnet den größten Importanteil an ihrer Nahrungsmittelversorgung verzeichnen (25-30 %).²

Auch wenn das Pro-Kopf-Einkommen in den rohstoffreichen Ländern Algerien und Libyen höher liegt als in Ägypten, Tunesien oder Syrien, so erreichen die dortigen Milliardengewinne aus Öl- und Gasexport bei weitem nicht die Breite der Bevölkerung. Alle arabischen Staaten sind von starken Diskrepanzen in der Vermögensverteilung ge-

prägt, die von einer bis hinauf zur Staatsspitze allgegenwärtigen Korruption begleitet werden. Wie sehr die Herrscherfamilien die Wirtschaft der von ihnen regierten Länder im Griff haben, wird an Figuren wie Rami Makhlouf in Syrien deutlich. Der Cousin des dortigen Staatspräsidenten ist Eigentümer von Syriatel, Syriens nationaler Telefongesellschaft, und kontrolliert weite Teile des Importhandels, der Luftfahrtindustrie, des Ölgeschäfts und des Bau- und Immobiliensektors. Der Zorn des Volkes auf die von Makhlouf verkörperte Cliquenwirtschaft entlud sich gleich zu Beginn der syrischen Proteste, als Syriatel-Filialen in Flammen aufgingen. In Tunesien war es die Präsidentengattin Leila Trabelsi, die mit ihren Familienangehörigen wichtige Wirtschaftsbereiche beherrschte und ob ihres verschwenderischen Lebensstiles bei vielen Tunesiern verhasst war. Tragikomische Berühmtheit hat dabei eine von Wikileaks veröffentlichte Botschaftsdepeche aus dem Sommer 2009 erlangt. In dieser beschreibt der amerikanische Botschafter eine Einladung in die Sommerresidenz von Mohamed Sakher el-Materi, dem Schwiegersohn des tunesischen Staatspräsidenten Ben Ali. Dort wird nicht nur bildhaft vom täglich vier Hühnchen verschlingenden Haustiger namens Pascha berichtet, sondern auch von dem opulenten Mahl, für das zur Nachspeise eigens Joghurteis aus dem südfranzösischen Saint Tropez eingeflogen wurde.³

Dieser Reichtum einer regimenahen Minderheit kontrastiert mit der wirtschaftlichen Frustration vieler Jugendlicher in der arabischen Welt. Oft ambitioniert, gut ausgebildet und mit den Möglichkeiten eines freien und selbstbestimmten Lebens nicht zuletzt über internationale Medien vertraut, bleibt ihnen

häufig der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt oder sie müssen sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden geben. Mit 24 % sind Nordafrika und der Nahe Osten die Weltregionen mit der durchschnittlich höchsten Jugendarbeitslosigkeit. Zugleich sind sie gegenwärtig von einem besonders starken Anstieg der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter geprägt, der lediglich im sub-saharischen Afrika noch höher ausfällt.⁴ Hinzu kommt, dass in Ländern wie Ägypten, Syrien, Jordanien oder dem Jemen mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist.⁵

Einher ging und geht die ökonomische Perspektivlosigkeit mit dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit und politischer Freiheit. Demokratie-Indizes mögen im Einzelnen strittig sein, doch das Resultat für die arabische Welt ist von erschreckender Deutlichkeit. In seiner jüngsten, kurz vor dem Arabischen Frühling veröffentlichten Erhebung klassifizierte die Nichtregierungsorganisation Freedom House lediglich Marokko und Libanon als „teilweise frei“ und alle anderen arabischen Staaten als „nicht frei“.⁶ Zwar hat der Staatsterror gegen Oppositionelle – so grausam er im Einzelfall auch war – weite Teile einer Bürgerschaft nicht berührt, die sich längst in politische Apathie geflüchtet hatten. Doch angesichts der beständig spürbaren Korruption und Behördenwillkür sowie der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchs in der arabischen Jugend der Anspruch, die politischen Rahmenbedingungen in ihren Ländern mitzugestalten.

Reform oder Revolution? Eine Topographie des „Arabischen Frühlings“

In den 22 Staaten (einschließlich der Palästinensischen Autonomiebehörde), die in der Arabischen Liga zusammenge-

schlossen sind, fand und findet die oft als Arabischer Frühling bezeichnete Erneuerungsbewegung einen jeweils spezifischen Ausdruck, der vom gewaltsamen Regimesturz bis hin zu lediglich moderaten Reformen reicht. Auch wenn die Transformationsprozesse erst begonnen haben und der künftige Weg in Ländern wie Syrien ungewiss erscheint, so lassen sich die Entwicklungen in der Region in vier Modelle einordnen.

Das Tunesische Modell

In Tunesien und Ägypten, beide in präsidentiellen und von der Armee beherrschten Systemen organisiert, kam es zu Massenprotesten, die auch dann weitgehend friedlich blieben, als sie vom Regime mit Gewalt beantwortet wurden. Nach weniger als einem Monat musste der tunesische Staatspräsident Ben Ali fliehen und in nur 18 Tagen stürzte Mubarak in Kairo. Entscheidend war in beiden Fällen, dass sich das Militär angesichts des Ausmaßes und der Hartnäckigkeit der Proteste auf die Seite des Volkes stellte. Auch wenn im Vergleich zu den Gewaltexzessen in ande-

Die Erneuerungsbewegungen und Transformationsprozesse der arabischen Welt REICHEN vom friedlichen Protest bis hin zum gewaltsamen Regimesturz.

ren Ländern diese beiden Revolutionen oft als besonders friedlich apostrophiert werden, war auch hier ein Blutzoll zu zahlen. Bei den Versuchen des Regimes, die Proteste niederzuschlagen, starben in Tunesien über 200 und in Ägypten über 800 Menschen. In beiden Ländern steht der demokratische Prozess erst am Anfang.

Das Libysche Modell

Dass Libyen dem tunesischen und ägyptischen Modell nicht folgte, lag an einer Reihe spezifischer Faktoren, zu denen zuvorderst die kompromisslose Härte gehörte, mit der Muammar Gaddafi die Proteste in allen Landesteilen niederschlagen ließ. Vor allem im Osten des Landes, der traditionell eigenständigen Cyreneika, verteidigten sich die Demonstranten mit Waffengewalt und gewannen rasch die Oberhand über die Sicherheitskräfte des Regimes. Zwar desertierten weite Teile der Armee, doch insbesondere gut ausgerüstete Eliteeinheiten und ausländische Söldner blieben Gaddafi gegenüber loyal. Der Protest wurde zu einer bewaffneten Rebellion, die in einem Blutbad zu enden drohte, das nur durch internationale Luftschläge gegen die Gaddafi-Truppen abgewendet werden konnte. Nach sechs Monaten zäher Kämpfe eroberten die Aufständischen – unterstützt von den NATO-geführten Luftangriffen – schließlich Tripolis und setzten der über vierzigjährigen Herrschaft Gaddafis ein Ende. Die Auseinandersetzungen kosteten mehrere zehntausend Menschen das Leben. Im Zuge des Libyenkonflikts stellt sich die Frage, wann und in welchem Umfang die Weltgemeinschaft zum Sturz eines Diktators beitragen kann, darf oder soll, mit erneuter Schärfe.

Das Marokkanische Modell

Während die zuvor genannten Regime mit Gewalt versuchten, die Proteste zu unterdrücken, schlugen die Monarchien in Marokko und in Jordanien einen anderen Weg ein. Zwar kam es auch hier zu einzelnen Übergriffen gegen Demonstranten, doch versuchten die dortigen Herrscherhäuser über Reformen „von oben“ den Forderungen ihrer Bür-

ger gerecht zu werden und sich dabei gleichwohl an der Macht zu halten. Im Vergleich zu den Präsidentialregimen bzw. Militärdiktaturen fällt dies den Monarchen wesentlich leichter, da sie nicht nur eine historisch-kulturelle Legitimation vorweisen, sondern auch die Verantwortung für politische Fehler glaubwürdiger den Regierungen ihres Landes zuschreiben und diese entsprechend austauschen können. Am erfolgreichsten geht dabei der marokkanische König Mohammed VI. vor. Seinen Verfassungsentwurf, in dem die Rechte des Parlaments gestärkt und seine eigenen Kompetenzen – wenn freilich auch nur sehr moderat – beschnitten wurden, nahm das Volk am 1. Juli 2011 mit übergroßer Mehrheit an.

Das Golfstaaten-Modell

Die reichen Ölstaaten am Golf versuchten mit weitreichenden sozialpolitischen Maßnahmen, möglichen Protesten von vornherein den Boden zu entziehen. Kuwait beispielsweise gewährte jedem Staatsbürger eine Einmalzahlung von 2.600 Dollar und Saudi-Arabien zahlte seinen öffentlichen Angestellten eine Prämie in Höhe eines doppelten Monatsgehalts.⁷ Insgesamt ermöglicht der Ressourcenreichtum der Golfstaaten einen außerordentlich hohen Lebensstandard, womit zumindest eines der Protestmotive entfällt. Entsprechend kam es in allen Golfmonarchien außer in Bahrain lediglich zu vereinzelten Protesten. Im Kleinstaat Bahrain forderte die schiitische Mehrheit ein Ende der Diskriminierung durch das sunnitische Herrscherhaus. Mit Waffenhilfe aus dem benachbarten Saudi-Arabien wurde die „Perlenrevolution“ schließlich gewaltsam niedergeschlagen. Die Methode, die eigenen Bürger

Ausgelöst durch die neuen Medienformate wurde von Tunesien aus in der Region ein DOMINOEFFEKT wirksam.

mit staatlichen Subventionen versuchen ruhigzustellen, fand – wenn auch in geringerem Maße – in den anderen arabischen Staaten ebenso Anwendung.

Ungeachtet der Heterogenität der arabischen Welt, die auch in dieser idealtypischen Kategorisierung sichtbar wird, ist der „Dominoeffekt“ ein Schlüsselement des Arabischen Frühlings. Genauso wie sich weite Teile der Jugend Tunesiens im Schicksal ihres selbstverbrannten Altersgenossen wiederfanden, so fand sich die ägyptische Jugend im Schicksal der tunesischen wieder. Als Katalysator wirkten dabei neue Medienformate. Zum einen gilt das für die web-basierten sozialen Netzwerke. Facebook, Youtube und Twitter erlaubten es den Demonstranten, sich besser und in größeren Massen zu koordinieren und ihre Anliegen nicht nur im Land selbst, sondern auch über die Grenzen hinaus zu verbreiten. Ein internet- und kameratechfähiges Mobiltelefon genügte, um sowohl die Stärke der Opposition als auch die staatliche Gewalt in Sekundenschnelle in die Welt zu tragen. Das Modewort von der „Facebook-Revolution“ sollte jedoch nicht vergessen lassen, dass die arabischen Satellitensender, insbesondere der in Katar beheimatete Sender Al-Jazeera, eine mindestens ebenso wichtige Rolle bei der

Ausdehnung der Protestbewegung gespielt haben. Während soziale Netzwerke bevorzugt von der internet-affinen urbanen Jugend genutzt werden, trugen Al-Jazeera und Al-Arabiya die Revolution in Echtzeit in nahezu jedes arabische Wohnzimmer.

Die so angefachte revolutionäre Dynamik setzte „klassische“ Mechanismen autoritärer Herrschaft vielerorts außer Kraft. In Libyen, wo jede Familie zu Jahresbeginn eine Prämie von über 300 Euro erhielt, oder in Syrien, das die Gehälter seiner Beamten um 30 % erhöhte, konnten materielle Wohltaten die Proteste keineswegs stoppen. Wer den Arabischen Frühling als schlichte „Brotrebellion“ abtut, verkennt seine zuvor skizzierte Vielschichtigkeit. Auch die Brutalität der Regime gegenüber der Protestbewegung hat nicht in ausreichendem Maße die sonst übliche abschreckende Wirkung entfaltet. Im Gegenteil: In Syrien etwa führten die Gewaltexzesse der Behörden erst zur Ausweitung der Proteste auf das ganze Land. „Blut öffnet die Tür zu nur noch mehr Zorn“, beschreibt die untergetauchte Damaszener Menschenrechtsaktivistin Razan Zeitouneh diese Eskalationsspirale.⁸ Gerade das syrische Beispiel zeigt auch, wie sehr der Verlauf der Transformationsprozesse von der Reaktion der Regime abhängt. Immer wieder hatte sich dem Staatspräsidenten Basher al-Assad in den ersten Monaten des Protests die Möglichkeit geboten, in Richtung des „Marokkanischen Modells“ einzuschwenken. Mit der kompromisslosen militärischen Niederschlagung der Proteste, die von der wahllosen Tötung von Zivilisten, massenhaften Verhaftungen und systematischer Folter begleitet war, hat sich das Regime jedoch substantziell seiner Legitimität beraubt.

Auch wenn es sich beim Arabischen Frühling in erster Linie um eine nationale bzw. pan-arabische Bewegung handelt, können externe Akteure auf seinen Verlauf einen mitunter entscheidenden Einfluss nehmen. Dies hat sich am deutlichsten in Libyen offenbart. Dort hat die NATO-geführte Koalition nicht nur ein unmittelbar bevorstehendes Massaker in Bengasi verhindert, sondern – völkerrechtlich durchaus fragwürdig – faktisch als Luftwaffe der Rebellen fungiert. Sowohl die Einflussmöglichkeiten als auch die Interessen externer Akteure variieren dabei von Land zu Land. So ist in Syrien, dessen Regime von Iran unterstützt wird, das Druckpotenzial des Westens geringer als dies etwa in Ägypten der Fall war. Dort hat der Einfluss der Amerikaner auf die von ihnen großzügig subventionierte Armee dazu beigetragen, dass diese sich letztlich gegen Mubarak stellte. Im Bahrein dagegen, wo die 5. Flotte der US Navy stationiert ist, drängte Washington zwar auf ein Ende der Gewalt, suchte den Sturz des Königshauses aber zu vermeiden.

Die Rolle Deutschlands und Europas

Dass es in der arabischen Welt um handfeste deutsche Interessen geht, wird niemand bestreiten: Sicherung der Energieversorgung, Steuerung und Begrenzung der Migration, Kampf gegen Terrorismus und Islamismus, Schutz der Handelswege und Erschließung neuer Märkte stechen dabei hervor. Auch für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts – Israels Sicherheit gilt als deutsche Staatsräson! – braucht es tragfähige Beziehungen zu den arabischen Staaten. Die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaat gehört ebenfalls zu den formulierten Zielen deut-

Externe Akteure nahmen nicht zuletzt aus politischem und wirtschaftlichem Interesse mitunter ENTSCHEIDENDEN Einfluss auf den jeweiligen Entwicklungsverlauf.

scher Politik und ist für eine immer noch von autoritären Herrschaftsstrukturen geprägte Region besonders relevant. Dennoch hat – von dem intensiven deutsch-israelischen Verhältnis einmal abgesehen – der südliche Mittelmeerraum erst seit dem Arabischen Frühling auf der Agenda der deutschen Außenpolitik einen prominenten Platz eingenommen.

Wie in den anderen europäischen Hauptstädten war man in Berlin vom Ausmaß und der Heftigkeit der arabischen Protestbewegung überrascht worden. In die Sympathie für die Demonstranten mischte sich die Sorge vor Instabilität und nur zögerlich rückte auch die Bundesrepublik von den Machhabern ab, mit denen sie lange zusammengearbeitet hatte. Doch nach dem Fall Hosni Mubaraks am 11. Februar 2011 begann die Bundesregierung mutiger zu agieren. In einer Regierungserklärung Mitte März bezog Außenminister Guido Westerwelle klar Position: „Wir stehen in der arabischen Welt vor einem Neubeginn voller Chancen. Aber nicht nur die Völker der Region, sondern auch wir brauchen einen langen Atem. Dieser arabische Frühling ist eine historische Chance für Frieden und Wohlstand in der gesamten Region mit positiven Fol-

gen weltweit. Deutschland und Europa stehen als Partner bereit, damit der demokratische Aufbruch in Nordafrika und anderen Teilen der arabischen Welt tatsächlich gelingen kann.“⁹

Schon Mitte Februar legte das Entwicklungshilfeministerium einen Sonderfonds von über 30 Millionen Euro zur Förderung von Demokratie und für die Wirtschaftsentwicklung in Nordafrika auf. Im Auswärtigen Amt wurde die Vokabel von der „Transformationspartnerschaft“ geboren, die schließlich erfolgreich auch auf die europäische Ebene transferiert wurde. Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel gehörten zu den ersten westlichen Politikern in Tunis und Kairo. Deutschland, das stets ein Stück mehr Distanz zu den autoritären Machhabern der Region gehalten hatte als die Südeuropäer, stand plötzlich als glaubwürdiger Partner einer sich rasant wandelnden arabischen Welt im Mittelpunkt – wirtschaftsstarke, ohne Kolonialvergangenheit in der Region und mit einzigartigen Instrumenten wie den Politischen Stiftungen, die nun von ihrer jahrzehntelangen Basisarbeit profitieren. Während man sich in Paris und bei der Europäischen Kommission in Brüssel noch die Augen rieb, wie schnell die alten Verbündeten vom Thron gejagt wurden, reklamierten die Deutschen nun eine Führungsrolle in der Neuformulierung der europäischen Mittelmeerpolitik. Berlin forderte verbesserten Marktzugang und legale Migrationsmöglichkeiten für die südlichen Mittelmeeranrainer, eine stärkere Unterstützung der Zivilgesellschaft und mehr Konditionalität. Nur diejenigen Staaten, die bei Menschenrechten und demokratischen Standards Fortschritte verzeichnen, sollten demnach künftig Gelder und

andere Zugeständnisse der Europäischen Union erhalten.¹⁰

Die Gewalteskalation in Libyen zeigte jedoch schnell, auf welchem fragilem Fundament der neue deutsche Anspruch im Mittelmeerraum stand. Insbesondere Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy ergriff die Gelegenheit, um sich – so eine in Paris gern benutzte Formulierung – wieder auf die richtige Seite der Geschichte zu stellen, während sich Deutschland durch seine Enthaltung bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zur Libyen-Resolution 1973 selbst aus dem Spiel nahm. Auf den Pick-up-Trucks der libyschen Revolutionäre flatterte bei ihrem Marsch auf Tripolis fortan neben der alten libyschen Königsfahne die französische Trikolore.

Wieder einmal hatte sich Europa in einer außenpolitischen Schlüsselfrage gespalten gezeigt. Auch wenn dies letztlich in den Divergenzen unter den Mitgliedstaaten begründet liegt, so können sich auch die EU-Akteure in Brüssel mit Blick auf die Umbrüche in Nordafrika kein gutes Zeugnis ausstellen lassen. In der ersten großen internationalen Krise nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon blieben die dort neu begründeten Institutionen blass. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hat den in sie gesetzten Anspruch, die europäische

EUROPA unterstützte den politischen Aufbruch in der arabischen Welt politisch und wirtschaftlich, war sich jedoch militärisch uneins.



Nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes wurden Nicolas Sarkozy und David Cameron als erste ausländische Staatschefs in der libyschen Stadt Benghazi am 15. September 2011, auch wegen ihrer militärischen Hilfe, begeistert von der Bevölkerung empfangen.

Politik besser zu koordinieren und der Europäischen Union eine einheitliche Stimme zu geben, nicht einlösen können. Ihr erst im Aufbau befindlicher Europäischer Auswärtiger Dienst ist noch weit von der nötigen Einsatzreife entfernt.

Ende Mai 2011 hat die Europäische Kommission schließlich einen Vorschlag zur Revision der EU-Nachbarschaftspolitik vorgelegt, in welcher die Demokratieförderung einen höheren Stellenwert einnimmt als bisher. Sowohl für die Nachbarn im Süden wie im Osten wird außerdem mehr Geld zur Verfügung gestellt: Die für die Periode 2011-2013 vorgesehenen 5,7 Milliarden Euro sollen um weitere 1,3 Milliarden aufgestockt werden.¹¹ Doch schon bisher verfügte die EU mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik und dem Barcelona-Prozess, der 2008 in die Union für das Mittelmeer überführt wurde,

über vielfältige Instrumente und Fonds zur Gestaltung der euro-mediterranen Beziehungen. Ohne den politischen Willen der Europäer zu einem kohärenten und strategischen Auftreten in der Mittelmeerregion werden zusätzliche Mittel alleine nicht ausreichen.

Europa muss der arabischen Welt eine erneuerte Partnerschaft anbieten, eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Die behutsame Integration der europäischen und arabischen Märkte, die Schaffung eines gemeinsamen Bildungsraumes, zeitlich begrenzte und auf die Bedürfnisse beider Seiten zugeschnittene Migrationsangebote sowie eine nachhaltige Energiekooperation könnten Säulen einer solchen Partnerschaft sein. Ein sich sukzessive integrierender, erweiterter euro-mediterraner Raum, der von Skandinavien über die Türkei bis hin zu den Golfstaaten reicht, würde zu einem dynamischen Kraftzentrum in der neu-

en Weltordnung werden, die sich derzeit herausbildet.¹²

Die Perspektiven des demokratischen Aufbruchs

Nicht zuletzt in Deutschland weckten die Bilder vom Tahrir-Platz, als die Ägypter den Rücktritt Mubaraks bejubelten, Erinnerungen an den Mauerfall. In der Tat ist die Transformation, die 2011 in der arabischen Welt begann, in ihrer historischen Tragweite mit derjenigen nach dem Kalten Krieg in Mittel- und Osteuropa durchaus vergleichbar. Allerdings muss sie sich unter ungünstigeren Voraussetzungen vollziehen.

Während die demokratischen Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa auch eine Befreiung von der sowjetischen Fremdherrschaft bedeuteten, können die arabischen Reaktionäre die nationale Karte spielen und versuchen, die Protestbewegungen als Agenten des Auslands zu diskreditieren. In der von kolonialen Traumata geprägten arabischen Welt fallen solche Verschwörungstheorien häufig auf fruchtbaren Boden und vor allem die libysche und syrische Regime-Propaganda haben dies ausgenutzt. Auch die Entstehung einer autonomen Zivilgesellschaft haben die autoritären Machthaber jahrzehntelang zu verhindern gewusst. Selbst in einem freien politischen Wett-

bewerb haben Überbleibsel des Ancien Régime und die in religiösen Milieus verankerten Gruppierungen wie die Muslimbrüder organisatorisch einen komparativen Vorteil gegenüber der liberalen Opposition. In Ländern wie Ägypten ist die sozio-ökonomische Lage außerdem dermaßen desolat, dass auch eine demokratisch geführte Regierung die immensen Erwartungen, die durch den erfolgreichen und teilweise unter Lebensgefahr erstrittenen Regimewechsel bei den Menschen entstanden sind, nicht aus eigener Kraft erfüllen können. Schließlich fehlt in den arabischen Ländern die Zielperspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die als Katalysator für die demokratische Transformation Mittel- und Osteuropas gewirkt hat.

Der Arabische Frühling wird trotzdem gelingen. Gute Regierungsführung kann die demographische Dynamik in produktive Bahnen lenken und das brachliegende Potenzial einer wissens- und lebenshungrigen Jugend endlich nutzbar machen. In der Energiewirtschaft nimmt die arabische Welt eine Schlüsselstellung ein, die sie nicht nur bei fossilen Rohstoffen noch über Jahrzehnte behalten wird, sondern auch auf den Bereich der erneuerbaren Energien, vor allem auf die Solarenergie, ausdehnen kann. Geostrategisch stellt sie ein Scharnier, durch das wichtige Handelsrouten zwischen Europa und den großen Wachstumsregionen in Asien und Afrika verlaufen, dar. Die pan-arabische Solidarität, die von den Erneuerungsbewegungen ausgelöst wurde, sowie der Sturz der in erster Linie auf ihren eigenen Machterhalt fixierten Herrschaftshäuser können außerdem einen Beitrag leisten, zumindest die wirtschaftliche Integra-

Demokratisch oder religiös-reaktionär – die WIRTSCHAFTLICHE Entwicklung wird das bestimmen.

Das Tor zur FREIHEIT in Arabien wurde geöffnet und eine Rückkehr zur alten Unterdrückung scheint nicht mehr durchführbar.

tion der arabischen Länder untereinander voranzutreiben. Die 330 Millionen Menschen umfassende arabische Welt ist – ungeachtet einer gemeinsamen Hochsprache – bislang die weltweit am wenigsten integrierte Region. Dies hat neben den verkrusteten politischen Strukturen dazu beigetragen, dass sich das enorme Wachstums- und Modernisierungspotenzial ihrer Volkswirtschaften bislang nicht entfaltet hat.

Die Transformation der arabischen Welt ist ein offener Prozess. Die Entwicklungen in jedem Land sind stark an den jeweiligen inneren Kontext gebunden und zugleich von der regionalen Dynamik insgesamt abhängig. Sie lassen sich deshalb im Einzelnen nur schwer vorhersagen. Schon jetzt zeigt sich aber, dass der Weg zu freiheitlichen und rechtsstaatlichen Systemen in der arabischen Welt langwieriger und stärker von Gewalt begleitet sein wird als in Mittel- und Osteuropa. Dass sich gerade in den Monarchien halb-demokratische Regierungsformen erst einmal halten werden, ist durchaus wahrscheinlich. In den Staaten mit einem Regimesturz, zu denen neben Tunesien, Ägypten und Libyen früher oder später auch Syrien gehören wird, werden konservative und religiöse Kräfte einen legitimen Platz haben

müssen, ob es dem Westen gefällt oder nicht.

Doch so schwierig sich der Aufbau demokratischer Staatswesen auch gestalten mag und so sehr die Anhänger der Protestbewegungen sich in ihren Einzelinteressen auch unterscheiden, das Bewusstsein, mit der Zeit des schweigsamen Erduldens gebrochen zu haben, wird sich nicht mehr aus der Welt schaffen lassen. Nach den historischen Ereignissen des Jahres 2011 ist eine Rückkehr zum Status quo ante nicht vorstellbar. Auf der Avenue Habib Bourgiba in Tunis und dem Tahrir-Platz in Kairo hat sich das Volk seine Souveränität, haben sich die Bürger ihr Bürger-Sein zurückerobert. Vom „Wiedererwachen der arabischen Würde“ spricht treffend der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun.¹³ Selbstbewusst-drohend klingt die Mahnung eines ägyptischen Slum-Bewohners, auch die Armen von der Revolution profitieren zu lassen: „Wir kennen jetzt den Weg zum Tahrir-Platz.“¹⁴ Mit Ben Ali in Tunis und Mubarak in Kairo fiel auch die Mauer der Angst; die Herrscher der arabischen Welt haben den Mythos ihrer Unangreifbarkeit verloren.

Die Opferbereitschaft der libyschen Rebellen, die sich mit selbstgebastelten Waffen der Militärmaschinerie Gaddafis entgegenwarfen, und der Todesmut der syrischen Demonstranten, die Woche für Woche im Kugelhagel der Sicherheitskräfte auf die Straße gingen und gehen, sind das wohl eindrucklichste Zeugnis dieses neuen arabischen Selbstverständnisses. Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre lässt es Jupiter in seinem Theaterstück „Die Fliegen“ so sagen: „Wenn erst einmal die Freiheit in einer Menschenseele aufgebrochen

ist, vermögen die Götter nichts mehr gegen diesen Menschen.“¹⁵



/// EDMUND RATKA

ist Associate Researcher am Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P), München und Redaktionsassistent für das Lehrbuch „Die Europäische Union“ (UTB Verlag).

Anmerkungen

- ¹ Auch wenn die genauen Umstände im Vorfeld der Selbstverbrennung Bouazizis nach wie vor nicht vollständig geklärt sind, entfaltete diese eine enorme symbolische Wirkung innerhalb Tunesiens und auch im Ausland. Siehe dazu auch Ayad, Christophe: „La révolution de la gifle“, in: Libération, 11.6.2011.
- ² Johnstone, Sarah / Mazo, Jeffrey: Global Warming and the Arab Spring, in: Survival 53/2, April/Mai 2011, S. 11-17.
- ³ Tunesische Aktivisten hatten für die Wikileaks-Dokumente, die Tunesien betreffen, eigens die Internetplattform Tunileaks eingerichtet. Die Depesche „Tunisia: Dinner with Sakher el Materi“ vom 27.7.2009 ist abrufbar unter <https://tunileaks.appspot.com/?p=36001>, Stand 1.9.2011.
- ⁴ International Labour Office: Global Employment Trends for Youth, Genf 2010, S. 47, <http://www.ilo.org/public/english/region/afpro/addisababa/pdf/getforyouth.pdf>, Stand 1.9.2011; International Labour Office: Global Employment Trends, Genf 2011, S. 49, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_150440.pdf, Stand 1.9.2011.
- ⁵ Für eine Übersicht über das Durchschnittsalter in allen arabischen Ländern siehe The Economist: Mapping the Arab World, www.economist.com/blogs/dailychart/2011/02/arab_league_map, Stand 1.9.2011.
- ⁶ Freedom House: Freedom in the World 2011, www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf, Stand 1.9.2011.
- ⁷ Für eine Übersicht über die sozialpolitischen Maßnahmen der arabischen Regime im Rahmen des Arabischen Frühlings siehe Le Monde Diplomatique: Une région en ébullition, April 2011, S. 17-23.
- ⁸ Zit. nach Fischer, Susanne: Das Ende der Angst. Syriens junge Generation kämpft für den Sturz des Assad-Regimes, in: Internationale Politik 66/5, September/Oktober 2011, S. 60-67, hier S. 62.
- ⁹ Westerwelle, Guido: Regierungserklärung zum Umbruch in der arabischen Welt am 16.3.2011, in: Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht vom 16. 3.2011, S. 10814-10818, hier S. 10816, www.auswaertiges-amt.de, Stand 1.9.2011.
- ¹⁰ Siehe dazu den Brief Westerwelles an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton: Westerwelle für neue EU-Mittelmeerpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 17.2.2011, S. 8.
- ¹¹ Europäische Kommission: A New Response to a Changing Neighbourhood, Mitteilung vom 25.5.2011, http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_en.pdf, Stand 1.9.2011.
- ¹² Für Handlungsempfehlungen zur Neugestaltung der euro-mediterranen Partnerschaft siehe u. a. Ratka, Edmund: Mehr Mut im Mittelmeerraum. Wie Deutschland die arabische Demokratiebewegung stärken und der euro-mediterranen Partnerschaft aus der Sackgasse helfen kann, in: Politische Meinung, April 2011, S. 17-23, www.kas.de, Stand 1.9.2011; zur Migrationsdynamik zwischen Europa und Nordafrika siehe Schmid, Susanne: Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Nordafrika, in: Politische Studien 439, September/Oktober 2011, S. 48-59.
- ¹³ Ben Jelloun, Tahar: Arabischer Frühling: Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Berlin 2011.
- ¹⁴ Zit. in Obert, Michael: Das Blut der Revolution, in: Süddeutsche Zeitung Magazin, S. 22-34, hier S. 30.